

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 71 (1993)
Heft: 1

Buchbesprechung: Ist der soziale Rechtsstaat noch zu retten?

Autor: Kästli, Tobias

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ist der soziale Rechtsstaat noch zu retten?

Peter Moser, Schweizerische Wirtschaftspolitik im internationalen Wettbewerb. Eine ordnungspolitische Analyse. Orell Füssli Verlag Zürich 1991. 207 S. Fr. 49.20.

Michel Albert, Kapitalismus contra Kapitalismus. Campus Verlag Frankfurt/Main 1992. 235 S. Fr. 49.20.

Rita Flubacher, Flugjahre für Gaukler. Die Karriere des Werner K. Rey. Weltwoche-ABS-Verlag Zürich 1992. 386 S. Fr. 39.—.

Hg. Hans See und Dieter Schenk, Wirtschaftsverbrechen. Der innere Feind der freien Marktwirtschaft. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1992. 264 S. Fr. 17.80.

Die neoliberale Offensive mit ihren Forderungen nach Steuerabbau, Privatisierung und Deregulierung hat seit dem Wahlsieg von Bill Clinton ein wenig an Schwung verloren, ist aber keineswegs gestoppt. Die bürgerlichen Wirtschafts- und Finanzpolitiker haben während Jahren ideologisch so stark aufgerüstet, dass sie auch angesichts der verheerenden Folgen ihres Tuns, ablesbar vor allem in den USA und in England, nicht so rasch von ihren Positionen abrücken werden. In der Schweiz wird die neo- oder ordoliberalen Ideologie vor allem von der FDP getragen. Der Zusammenbruch der staatskapitalistischen Wirtschaftssysteme in Osteuropa ist für diese Partei die andauernde Legitimation für ihre Angriffe auf sozialstaatliche Einrichtungen.

Neoliberales Glaubensbrevier

Worum geht es im einzelnen? Die beste Zusammenfassung des Programms der schweizerischen Neoliberalen, Reagonomics, Deregulierer oder wie immer man sie nennen will, bietet die von der Max Schmidheiny-Stiftung finanzierte Studie des St. Galler Wirtschaftsdozenten Peter Moser, die in Buchform bei Orell Füssli erschienen ist; sie trägt den Titel „Schweizerische Wirtschaftspolitik im internationalen Wettbewerb — Eine ordnungspolitische Analyse“. Die darin formulierten Thesen oder Glaubenssätze sind von einem Kreis einflussreicher Hochschulprofessoren, Wirtschaftsredaktoren (NZZ), Unternehmer und Politiker aufgenommen und in Kurzform als Broschüre veröffentlicht worden; sie stellen eine Art Brevier der schweizerischen Neoliberalen dar.

Mosers erster Glaubenssatz lautet: „Damit die Marktwirtschaft erhalten bleibt und dauerhaft funktioniert, bedarf es der Ordnungspolitik des Staates. Konsequente Ordnungspolitik bedeutet, dass sich die Wirtschaftspolitik auf die Gestaltung einer Rahmenpolitik beschränkt und punktuelle Eingriffe in die Wirtschaftspolitik unterlässt.“ Mit andern Worten: Der Staat soll privatwirtschaftliche Tätigkeit absichern, aber er soll nicht selber wirtschaften, auch nicht die Wirtschaft zu beeinflussen suchen. Selbst wenn es weit über 100'000 Arbeitslose gibt, soll er sich davor hüten, mit Beschäftigungsprogrammen „ordnungswidrig“ in die Wirtschaft einzugreifen. Denn langfristig seien in der neuen

Weltwirtschaft nur diejenigen Volkswirtschaften konkurrenzfähig, die der Privatwirtschaft ein Maximum an Freiraum liessen. Als Beweise für den Erfolg dieses Konzepts führt Moser die „vier Drachen“ (Hong Kong, Taiwan, Südkorea, Singapur) an, die allerdings in andern Zusammenhängen gerade als Beispiele hochregulierter Volkswirtschaften zitiert werden. Soziale und ökologische Vorschriften des Staates gegenüber der Wirtschaft seien falsch, meint Moser, denn sie verschlechterten die internationale Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Industrie. Im ökologischen Bereich komme aber die Einführung marktwirtschaftlicher Instrumente (Emissionszertifikate, Emissionsabgaben) in Frage; im sozialen Bereich sei gezielte Hilfe für diejenigen, „die aus eigener Kraft nicht für sich selbst sorgen können“, erlaubt („fürsorgende Hand des Staates oder privater Hilfsorganisationen“). So ergänzt sei „Ordnungspolitik“, weil sie den Leistungswillen anstachle, nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch und sozial effizienter als staatsinterventionistische Politik. Die freie Marktwirtschaft enthalte von vornherein ein soziales Element, weil sie den Marktzugang für alle eröffne; sie sei auch ökologisch, weil sie Preissignale für die schonende Benutzung der Umwelt gebe.

Mosers Buch ist lesenswert, weil es übersichtlich und klar die neoliberale Strategie aufzeigt; es ist ein Schlüssel zum Verständnis der freisinnigen Politik der letzten Jahre. Das Niveau seiner Abhandlung ist entschieden höher als bei den vielen populistischen Nachbetern neoliberaler Glaubenssätze, die nur von „mehr Freiheit und weniger Staat“ respektive von „weniger Steuern“ reden. Moser scheut sich nicht, Verstösse gegen sein ordnungspolitisches Credo auch dann zu kritisieren, wenn sie von den bürgerlichen Parteien oder von der Wirtschaft verschuldet werden. So geisselt er die wachsende Kartellisierung in der Wirtschaft und eine oft allzu kurzsichtige Interessenpolitik.

Es gibt eine

kapitalistische

Alternative zum

neoliberalen

Wirtschaftsmodell,

die wirtschaftlich

effizienter und

sozial

gerechter ist.

Das Buch präsentiert nicht nur Ideologie, sondern auch Fakten und Zahlen zur schweizerischen Wirtschafts- und Finanzpolitik, wobei die Zahlen und Fakten die ideologischen Thesen manchmal direkt widerlegen. Wenn Moser zum Beispiel klagt, in der Schweiz sei die Staatsquote in einem Mass angestiegen, das der Privatwirtschaft kaum noch Platz zur Entfaltung lasse, zeigen die Zahlen, dass im internationalen Vergleich unter den grossen Industrienationen nur Japan eine niedrigere Staatsquote hat als die Schweiz. Auch bei der Steuerbelastung liegt die Schweiz unter dem OECD-Durchschnitt, was Moser nicht an der Aussage hindert, wegen der wachsenden Steuerbelastung sei die Schweiz als Wirtschaftsstandort bald nicht mehr interessant.

Der bessere und der schlechtere Kapitalismus

Das neue Buch des französischen Wirtschaftspublizisten Michel Albert ist in deutscher Übersetzung im Campus Verlag erschienen und trägt den Titel „Kapitalismus contra Kapitalismus“. Albert geht von der Überlegenheit der Marktwirtschaft aus, vom weltweiten Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus. Er unterscheidet aber zwei kapitalistische Modelle, die gegenwärtig um die Vorherrschaft ringen: auf der einen Seite das neoliberale angelsächsische Modell, auf der andern Seite das gemässigt staatsinterventionistische Modell, wie es hauptsächlich in Deutschland, aber auch in Holland oder in der Schweiz praktiziert wird; er nennt es das rheinische Modell. Er wolle zeigen, schreibt Albert, „dass es neben dem neo-amerikanischen Wirtschaftsmodell andere gibt, die gleichzeitig wirtschaftlich effizienter und sozial gerechter sein können.“ Den Unterschied zwischen den beiden kapitalistischen Modellen demonstriert Albert in bezug auf eine Reihe von gesellschaftlichen Teilbereichen. Im Bereich der

Einwanderungspolitik seien die angelsächsischen Länder offen und liberal, weil sie viele billige Arbeitskräfte ins Land liessen. Deutschland sei gegen aussen viel verschlossener, dafür sei dort die Pflicht der Solidarität gegenüber dem eigenen Volk stärker. Das soziale Netz sei besser geknüpft als etwa in den USA.

Die Einkommensunterschiede seien im Zug der sozialstaatlichen Interventionen in den rheinischen Staaten eher verkleinert worden, während sie in den angelsächsischen Ländern im Zug der neokonservativen Revolution wieder grösser geworden seien. Die rheinischen Staaten seien im Bereich der Produktion stark, die USA und England dagegen im Bereich der Spekulation. Erstere seien solider, letztere böten vermehrte Möglichkeiten, das schnelle Geld zu machen.

Es ist klar, dass sich Albert in Widersprüche verwickelt, wenn er seine beiden kapitalistischen Modelle an konkreten Volkswirtschaften festmachen will. Er sagt selber, die neokonservative Revolution habe auch auf Europa übergegriffen, und das neue EG-Recht sei stark vom Geist der Deregulierung geprägt. Aber gerade das kritisiert er, und er hofft, die Vereinigten Staaten von Europa würden es besser machen als die Vereinigten Staaten von Amerika.

Längerfristig könne die Wirtschaft nur in einem sozialen Staat gedeihen, meint Albert. Ein sozialer Staat sei aber auf genügend Einnahmen angewiesen, er müsse von seinen Bürgerinnen und Bürgern angemessene Steuern, Gebühren und Sozialbeiträge fordern dürfen. In Frankreich allerdings sei die Quote der festen Abgaben an den Staat mit 44 Prozent des Bruttoeinkommens zu hoch. Deshalb verstehe er die Forderung nach Steuerabbau. Aber man dürfe nicht so tief gehen wie in den USA, wo die Quote bei weniger als 30 Prozent liegt (in der Schweiz bei etwa 33 Prozent). Welche Folgen hätte es, wenn auch in Europa die Steuern massiv gesenkt würden? Albert sieht schwarz: Busse und U-Bahnen würden bald aussehen wie in den

USA: überaltert, unbequem und schlecht unterhalten. Die Suprematie des Autos würde mit all den bekannten Folgen (Luftverschmutzung, Lähmung der Städte usw.) endgültig bestätigt, öffentliche Gärten, Grünanlagen, Strassen, Wege, Bahnhöfe und Flughäfen usw. würden langsam aber sicher verkommen, was die Attraktivität einer Stadt für die Unternehmungen stark vermindern würde. Die Reichen würden reicher, die Armen ärmer. So würde die Gesellschaft aus dem Gleichgewicht geraten. Solidarstrukturen würden zerfallen, dafür gäbe es mehr Gewalt, mehr Kriminalität, mehr Drogen.

Auch Alberts Buch enthält Fakten und Zahlen zum Stand der Volkswirtschaften in den verschiedenen Ländern. Es ist leicht zu lesen, manchmal etwas langfädig. Beklemmend ist, dass das, was Albert als schlechte Folge des angelsächsischen Modells für Europa schildert, schon weitgehend Realität ist.

Chancen für Hochstapler

Das Zauberwort der Deregulierung müsste eigentlich längst seinen Glanz verloren haben. Aber die Neoliberalen halten mit dem Eifer von Sektierern daran fest: Der Staat habe eine Überfülle von Vorschriften erlassen, die den Selbstregulierungsmechanismus des Marktes störten und somit wirtschaftlich schädlich seien. Sicher gibt es schädliche Vorschriften, aber deren ersatzlose Abschaffung kann längerfristig zu noch gravierenderen Schäden führen. Wer nämlich von der Deregulierung zuerst und am meisten profitiert, sind skrupellose Geldhaie à la Werner K. Rey.

Die Weltwoche-Redaktorin Rita Flubacher hat in ihrem Buch „Flugjahre für Gaukler“ den Fall Rey sorgfältig recherchiert und dabei die kalifornische Episode ans Licht gebracht, die hierzulande kaum bekannt ist. Sie zeigt, wie das unter der Präsidentschaft Reagans deregulierte Bankengeschäft in Kalifornien im Ein-

In der Schweiz

trat Rey als

potenter

Geschäftsmann

auf und

führte sein Spiel

erfolgreich

weiter.

**Nationale
Gesetze gegen
Wirtschafts-
kriminalität
genügen nicht,
denn Wirtschafts-
verbrecher
operieren
international.**

klung mit einer unmässigen Immobilien-
spekulation aufblühte. Rey stieg ein, kaufte
via Strohmänner fragwürdige Objekte
auf, stellte diese als Sicherheiten und er-
gatterte so bei der Beverly Hills Savings &
Loan (BHSL) ein Darlehen von 6,3 Mio.
Franken. Später erwarb er für knapp 7
Mio. Franken etwas über 9 Prozent des
BHSL-Aktienkapitals. Als einflussreichster
Aktionär war es ihm dann ein leichtes,
sein stark überbewertetes Immobilienpor-
tefeuille der Bank zu verkaufen und die
Millionengewinne einzustreichen. Die
BHSL aber krachte unter ihrem Schulden-
berg mit Getöse zusammen.

In der Schweiz trat Rey dann als potenter
Geschäftsmann auf, der in den USA im
Immobiliengeschäft grosse Gewinne ge-
macht habe. Mit Erfolg führte er sein Spiel
hier weiter. Die hiesigen Bankiers, nicht
zuletzt der smarte Kurt Meier von der
Berner Kantonalbank, taten sich mit Rey
zusammen, um nach US-Vorbild das
schnelle Geld zu machen. Als Rey
schliesslich eine Milliardenpleite zurück-
liess, war nicht nur die Kantonalbank um
Millionen geprellt, sondern die bernische
Volkswirtschaft insgesamt war schwer ge-
schädigt.

Flubacher hat ihre Rey-Story zuerst als
Artikelserie in der Weltwoche veröffent-
licht. Der überarbeitete und erweiterte
Text in Buchform ist ein detailreiches
Lehrstück über das Wirtschaftsgebaren
der Spekulanten der achtziger Jahre, über
die Komplizenschaft zwischen Hochstap-
lern und Banken, über die Rolle der Treu-
handbüros, der Medien und der Politiker in
dieser Kasinowirtschaft, die im Katzen-
jammer geendet hat.

Wirtschaftsverbrecher bedrohen Marktwirtschaft

Wer anbietet, was auf dem „freien Markt“
nachgefragt wird, verhält sich im Sinn der
neoliberalen Wirtschaftstheoretiker ratio-
nal. Wer dabei viel Geld verdient, tut sich

und der Menschheit einen guten Dienst.
Dass auch kriminelle Elemente die Spielre-
geln des Marktes für sich ausnützen, ist
bedauerlich, aber leider nicht zu vermei-
den. Die Grenzen zwischen anständigem
und kriminellem Wirtschaftsgebaren sind
ohnehin fliessend.

Nun scheint aber im Zug der grösseren
Mobilität weiter Bevölkerungskreise und
der verstärkten Internationalisierung von
Produktion und Handel die Wirtschafts-
kriminalität neue Dimensionen anzuneh-
men. Fast täglich lesen wir in den Zeitun-
gen über Drogenschmuggel, über das Wa-
schen von Drogengeldern, über Waffen-
schiebereien, über Schmiergelder über
Mädchenhandel usw. Es ist kaum noch
möglich, die Wirtschaftskriminalität als
unwesentliche Randerscheinung abzutun.
Die Mafia ist überall!

Einer, der sich über diese Entwicklung
Sorgen macht und etwas dagegen unter-
nehmen will, ist Hans See, Professor für
Politikwissenschaft in Frankfurt. Zusam-
men mit Dieter Schenk, dem ehemaligen
Kriminaldirektor in der Stabstelle Interpol
des BKA, gründete er 1991 die Organisati-
on „Business Crime Control“ (BCC), deren
Ziel es ist, die Öffentlichkeit über Wirt-
schaftskriminalität aufzuklären und die
verheerenden Folgen deutlich zu machen,
also die immensen wirtschaftlichen Schä-
den, die ökologischen Schäden, die durch
Umgehung von Umweltschutzvorschriften
entstehen, und die unabsehbaren politi-
schen Schäden durch Korruption der
Demokratie.

Hans See und Dieter Schenk haben zusam-
men ein Buch herausgegeben, in dem sie
über den Zusammenhang zwischen Wirt-
schaftskriminalität und freier Marktwirt-
schaft nachdenken. Wirtschaftsverbrecher
seien die schlimmsten Feinde der freien
Marktwirtschaft und der rechts- und sozi-
alstaatlichen Demokratie, schreiben sie.
Es helfe wenig, die Wirtschaftsgesetze zu
verschärfen, „solange die Staaten von Po-
litikern regiert werden, die offenbar gar
nicht wollen, dass die Gesetze auch durch-

gesetzt werden.“ Angesichts der immer stärkeren Globalisierung der Wirtschaft genügen nationale Gesetze ohnehin nicht. Das Kapital operiere international, und dementsprechend brauche es internationale gesetzliche Normen. Nur so sei es möglich, eine globale Sozial- und Umweltpolitik und einen Auf- und Ausbau sozialökologischer Demokratien durchzusetzen. Demokratie dürfe im übrigen nicht auf den staatlichen Bereich beschränkt werden; in der Wirtschaft sei die vermehrte demokratische Kontrolle durch die Arbeitnehmer dringend.

Das Buch enthält nicht nur solche grundsätzlichen Überlegungen, sondern vor allem auch eine Reihe von Aufsätzen verschiedener Autoren, die mit Insiderkenntnissen exemplarische Fälle von Wirt-

schaftskriminalität darstellen: Korruptionsfälle in Berlin, mafiose Praktiken in Frankfurt, Mädchen- und Frauenhandel in der Schweiz, illegale Praktiken der Atomwirtschaft usw. Was wir sonst nur in Form von Zeitungsartikeln oder Reportagen über Einzelfälle zur Kenntnis nehmen können, finden wir hier in einen Gesamtzusammenhang gestellt. Ein spannendes Buch!

Tobias Kästli

Wer mehr über Business Crime Control wissen möchte, kann Informationsmaterial, Beitrittserklärung und Statut anfordern bei: Business Crime Control (BCC), Postfach 1575, D-W-6475 Maintal 1.